

Regierungspräsidium Tübingen

- Referat 82 -

Datum: 28.10.2015

Az.: 82/8881.64-LK ADK

Bearbeiter: Monika Grüntjens

Durchwahl: 07071 602-6253

An das

Referat 51

Im Hause

per E-Mail: Simon.Kistner@rpt.bwl.de

Betr.: Scopingtermin Roter Hau II 27.10.2015

Sehr geehrter Herr Kistner,

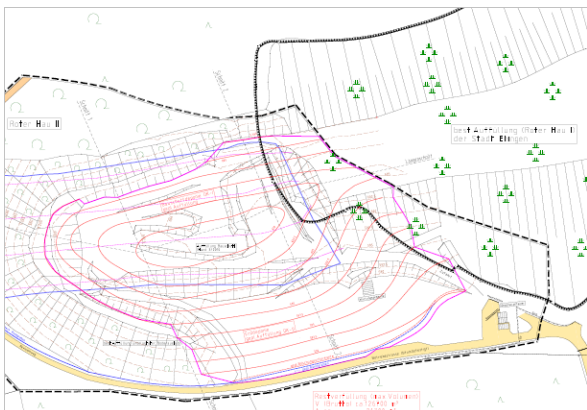
anbei unsere Anmerkungen in schriftlicher Form:

Es bestehen keine *grundsätzlichen* Bedenken gegen die geplante Überhöhung. Nachfolgende Punkte sollten jedoch im Vorfeld der Beteiligungsrunden in den Antragsunterlagen überarbeitet werden:

Die Angaben zur **Betriebsdauer** variieren zwischen 20 Jahren, 25 Jahren und 10-20 Jahren. Der geplante Zielzeitraum sollte konkretisiert werden, da auch die Verlängerung der Umwルトungsgenehmigung einer zeitlichen Fixierung bedarf.

Die **Bezugsfläche** muss klar sein, um die forstrechtlichen Genehmigungsverfahren richtig abbilden zu können. Die Deponiefläche ist laut Antrag ca. 4 ha groß, die planfestzustellende (pfz) Fläche ist 2,2 ha groß. Die Bilanzierung der pfz-Fläche muss in Text und Karte eindeutig nachvollziehbar sein. Eine Trennung von Bestands- und Maßnahmenplan wäre hilfreich. Die Grenzen der Deponie und der pfz-Fläche sollten z.B. auch auf dem Bestands-/Maßnahmenplan abgebildet werden.

Wir gehen davon aus, dass die zur Überhöhung vorgesehene pfz-Fläche (Abb. Links, östlicher Bereich) bereits rekultivierte/wiederaufgeforstete Bereiche (Abb. rechts: Wald = grün überlagerte Fläche mit Stand 01.01.2009 Forsteinrichtungsstichtag) beinhaltet.



Für diese Flächen **innerhalb** der pfz-Fläche ist formal eine erneute **Umwandlungsgenehmigung** nach §11 LWaldG erforderlich, die hier aber aufgrund der Konzentrationswirkung durch den Planfeststellungsbeschluss ersetzt wird. Diesbezügliche Nebenbestimmungen werden wir im Rahmen der Beteiligungsrunde vorschlagen. Bei Eingriffen in bereits rekultivierte Bereiche ist der humose Oberboden vor Abbaubeginn abzutragen und an geeigneten nicht vernässenden Stellen in Mieten von max. 2 m Höhe für die spätere Rekultivierung zwischen zu lagern oder auf zur Rekultivierung bereits vorbereiteten Auffüllungsflächen direkt aufzutragen. Die Arbeiten sind bei trockener Witterung oder bei tief durchgefrorenem Boden mit hierzu geeigneten Maschinen mit geringem Bodendruck (z.B. Moorraupe) durchzuführen.

Für Bereiche **außerhalb** der pfz-Fläche muss formal die Verlängerung der bestehenden **Umwandlungsgenehmigung** bei der Körperschaftsforstdirektion beantragt werden.

Die Deponie ist seit 1990 in Betrieb. Wegen der langfristigen (> 25 Jahre) Inanspruchnahme von Waldflächen ist ein **zusätzlicher Ersatz** notwendig, sofern dieser noch nicht im Vorfeld geleistet wurde. Dieser Sachverhalt muss noch geprüft werden.

Die **Erschließungsplanung** für die zur Wiederaufforstung vorgesehenen Flächen ist mit der zuständigen unteren Forstbehörde abzustimmen. Aus Sicht der höheren Forstbehörde sollten sämtliche Anlagen, auch der asphaltierte Weg zurückgebaut werden. Die UFB klärt diesen Punkt noch intern.

Bei der Rekultivierung dürfen die **Böschungswinkel** nicht steiler als im Verhältnis 1:3 werden, um die anschließende forstliche Bewirtschaftung zu ermöglichen; dies ist in den Antragsunterlagen bereits vorgesehen.

Um eine ordnungsgemäße Wiederaufforstung und spätere Bewirtschaftung dieses Abbauabschnittes zu gewährleisten, ist im Zuge der späteren **Rekultivierung** eine durchwurzelbare Bodenschicht in einer Mächtigkeit von 2,0 m herzustellen. Dies ist bezüglich der Mächtigkeit in den Antragsunterlagen bereits aufgeführt. Dazu ist die Fläche mit mindestens 1,8 m kulturfähigem Unterboden sowie mindestens 0,2 m humosem Oberboden zu überdecken. Der Einbau von kulturfähigem Unterboden und humosem Oberboden ist verdichtungsfrei bei geeigneter Witterung durchzuführen. Der Einbau des Materials sollte gemäß den Ausführungen der Schriftenreihe der Umweltberatung im ISTE „Forstliche Rekultivierung“ (Bd. 3, 3. Auflage 2011) erfolgen und ist dem jeweils neuesten Stand der Technik anzupassen. Im LPB ist ausgeführt, dass (..) magerer Oberboden aufgetragen werden soll. Dies können wir fachlich nicht mittragen und verweisen auf die Angaben zu akzeptablem *Skelettanteil* und *Eignungsgruppen von Bodenaushub* (nach Bodenart und Grobbodenanteil) gemäß o.g. ISTE-Handbuch.

Als Voraussetzung für die **Wiederaufforstung** ist die ausreichende Qualität und Eignung der vorbereiteten Rekultivierungsfläche mittels eines Standortgutachtens nachzuweisen. Anerkannte und geeignete Gutachter sind über die Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Freiburg in Erfahrung zu bringen. Die Wiederaufforstung ist gemäß der Empfehlungen des Standortgutachtens und in Absprache mit der zuständigen unteren Forstbehörde mit naturnahen, standortgerechten Baumarten vorzusehen. Die Vorgaben zur Verwendung von **Baumarten** müssen klar sein; derzeit werden 2 Empfehlungen ausgesprochen die sich widersprechen. Die Verwendung von Holunder, Feldahorn, Kornel-/Traubenkirsche können wir fachlich nicht mittragen, da ein Waldbestand „gleicher Art und Güte“ wiederherzustellen ist. Wir schließen uns hier der UFB-Empfehlung laut LPB an (Spitzahorn, Bergahorn, Stieleiche, Vogelkirsche). Entgegen dem Vorschlag im LPB sollten

für die Kulturbegründung übliche Pflanzsortimente in ausreichender Pflanzenzahl verwendet werden. Die Pflanzung von Hochstämmen in weiten Abständen lehnen wir ab, da hiermit aufgrund der großflächig gestörten Bodeneigenschaften kein Kulturerfolg erzielt werden kann. Je nach Qualität der Rekultivierungsschicht (siehe Verweis auf das zu erstellende Standortsgutachten) ist es ggf. sinnvoll Vorwaldelemente z.B. Grauerle gleichzeitig miteinzubringen. Die **Kultur** kann aus der „Rekultivierungsverpflichtung“ entlassen werden, wenn sie „stubenhoch“ ist. Eine Kultursicherung ist demzufolge miteinzuplanen.

Grundsätzlich ist nach Ende der Betriebsdauer **der Rückbau bzw. die Beseitigung sämtlicher Anlagen** notwendig. Das Gebiet soll laut LPB gegen unbefugten Zutritt geschützt werden. Wir weisen darauf hin, dass das Sperren von Wald ohne triftigen Grund nicht zulässig ist. Spätestens wenn die Kultur aus der Rekultivierungsverpflichtung entlassen werden kann, muss der Zaun abgebaut werden.

An **formalen Hinweisen** zu den Antragsunterlagen ist noch zu ergänzen, dass der Bereich entgegen der Ausführungen bislang nicht planfestgestellt ist. Des Weiteren sind unter Bezug auf das UVwG im LPB die Waldfunktionen (Bodenschutzwald; in der Nähe des Vorhabenbereiches) und der Generalwildwegeplan (Wildtierkorridor von internationaler Bedeutung in der Nähe des Vorhabenbereiches) aufzuführen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Grüntjens